

DER LANGE WEG ZUR EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

Wie kann die europäische Integration weiter vorangetrieben werden? Diese Frage stellten sich bereits die Staats- und Regierungschefs 1969 bei ihrem Gipfeltreffen in Den Haag. Ihre Vision: eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Doch bis zur Verwirklichung dieses Vorhabens sollte es noch ein langer Weg werden. Heute ist die wirtschaftliche Integration in der EU weit vorangekommen und wir können auf viele Errungenschaften zurückblicken. Ein erster Meilenstein war sicherlich der gemeinsame EU-Binnenmarkt, der nicht nur für die EU-Bürgerinnen und Bürger und die europäischen Unternehmen viele Vorteile brachte, sondern auch Europa als Handelspartner mit mehr Gewicht gegenüber den Großmächten USA und China auf internationaler Bühne auftreten ließ. Trotz all dieser Errungenschaften wurde schnell offensichtlich, dass ein gemeinsamer Binnenmarkt sein Potential nur voll entfalten kann, wenn weitere Integrations-schritte folgen. Es fehlte eine gemeinsame Währung. Im Jahr 1999 wurde auch diese Vision Realität. Die Einführung einer einheitlichen europäischen Währung ist der bisher einschneidendste Schritt auf dem Weg zur Vereinigung Europas. Heute ist der Euro als Zahlungsmittel aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Die Gemeinschaftswährung verbindet 19 Länder und zählt zu den wichtigsten Zahlungsmitteln der Welt.

Die Unterrichtseinheit wirft einen Blick zurück. In einem interaktiven Zeitstrahl erkunden die Schülerinnen und Schüler die zentralen Meilensteine auf dem Weg zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion bis hin zur Euro-Einführung. Sie diskutieren die Frage, wo die EU im wirtschaftlichen Integrationsprozess heute steht und welchen Herausforderungen sie sich gegenüber sieht. Dabei liegt vor allem ein Schwerpunkt auf den Herausforderungen der Währungsunion und den Erfolgsaussichten für den Euro.

ÜBERBLICK ÜBER DIE UNTERRICHTSEINHEIT

THEMENBEREICH	Europäische Wirtschafts- und Währungsunion → Geschichte der Wirtschafts- und Währungsunion
VORWISSEN	EU-Integrationsprozess, Euro, Wechselkurse
ZEITBEDARF	2–3 Unterrichtsstunden
METHODEN	Lernplakat, Placemat, Szenario-Methode, Elevator Pitch
KOMPETENZEN	Die Schülerinnen und Schüler ... <ul style="list-style-type: none"> • erklären die wichtigsten Entwicklungsstufen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. • setzen sich mit den Vorteilen und Herausforderungen einer gemeinsamen europäischen Währung auseinander. • entwickeln ein Zukunftsszenario für den europäischen Wirtschaftsraum.
SCHLAGWORTE	Binnenmarkt, Euro, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, Vertrag von Maastricht
AUTOR	Patrick Willner
PRODUKTION	C.C.Buchner Verlag

DIE GESCHICHTE DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

Die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ist das Ergebnis einer fortschreitenden **wirtschaftlichen Integration in der EU**. Doch der Weg bis heute war lang. Die EU durchlief dabei verschiedene Integrationsstufen: von einer Freihandelszone bis zur Zollunion (1968) über die Einführung des EU-Binnenmarktes bis hin zur Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, dem Euro.

Seit mehr als 60 Jahren garantieren die EU und ihre Vorgängerorganisationen den Menschen in ihren Mitgliedstaaten Wohlstand, politische Stabilität und ein friedliches Zusammenleben. Die EU ist und war eine Zone großen wirtschaftlichen Wohlstands. Im Zusammenhang mit der Vollendung des europäischen Binnenmarktes wurde auch die Einführung einer gemeinsamen Währung gefordert. Heute ist der Euro in 19 der 27 Mitgliedstaaten der EU gesetzliches Zahlungsmittel und gilt für 300 Millionen Menschen.

Im Jahr 1985 initiierte der damalige EU-Kommissionspräsident Jacques Delors das Projekt der Gemeinschaftswährung Euro. Wie im **Delors-Bericht** vorgeschlagen, schuf man in **drei Schritten die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion**: Die erste Stufe der Währungsunion wurde am 1. Juli 1990 mit der Herstellung des freien Kapitalverkehrs zwischen den EG-Staaten eingeleitet. Nachdem im Vertrag von Maastricht 1993 die rechtlichen Grundlagen für die weitere Umsetzung gelegt worden waren, begann am 1. Januar 1994 die zweite Stufe mit der Gründung einer Vorgängerinstitution der EZB und der Überprüfung der Haushaltslage der Mitgliedstaaten. Die letzte Stufe hin zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wurde am 1. Januar 1999 mit der Gründung der **Europäischen Zentralbank (EZB)** mit Sitz in Frankfurt am Main erreicht. Die im Euroraum vereinigten Mitgliedstaaten traten damit ihre geldpolitische Zuständigkeit an eine neue supranationale Institution ab. Nun entscheiden die Vertreter der Notenbanken der Mitgliedstaaten gemeinsam mit der EZB über die geldpolitische Ausrichtung.

In dieser Stufe wurden auch die Wechselkurse der nationalen Währungen zum Euro endgültig festgelegt. Der **Euro** wurde am 1. Januar 1999 eingeführt. Die nationalen Währungen behielten aber zunächst weiter ihre Gültigkeit als gesetzliche Zahlungsmittel. Erst am 1. Januar 2002 wurden die Euro-Banknoten und -münzen in Umlauf gebracht. Um die Stabilität der gemeinsamen Währung zu sichern, wurden so genannte **Konvergenzkriterien** festgelegt, die vor allem Staatsschulden- und Preisniveaustabilitätsgrenzen definieren (Staatsverschuldung gesamt nicht über 60 Prozent des BIP, Neuverschuldung nicht über 3 Prozent des BIP, Inflationsrate nicht höher als 1,5 Prozent über denen der drei preisstabilsten Mitgliedstaaten, Wechselkursänderung gegenüber dem Euro nicht höher als 15 Prozent in den vergangenen beiden Jahren zusammengenommen). Auch Länder, die Mitglied der EU werden wollen, müssen diese Bedingungen vor ihrem Beitritt erfüllen, damit gewährleistet ist, dass die Gemeinschaftswährung durch die Aufnahme einer wirtschaftlich noch deutlich unterentwickelten Region nicht destabilisiert wird.

Allerdings kam es sowohl vor als auch nach der Euro-Einführung immer wieder zu Verstößen der Mitgliedstaaten gegen die Konvergenzkriterien. So konnte insbesondere Griechenland den Euro nur aufgrund von geschönten Statistiken einführen und zahlreiche Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland und Frankreich, verstießen mehrfach gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt. Die darin vorgesehenen Sanktionen gegen Euroländer mit überhöhtem Defizit, die von den Finanzministern und Finanzministerinnen der übrigen Mitgliedstaaten verhängt werden können, wurden bisher jedoch noch nicht angewandt. Insbesondere infolge der Staatsschuldenkrise in einigen europäischen Ländern führte dies ab 2010 zu einer politischen Debatte über die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion hin zu mehr Integration in Form einer Fiskalunion. Denn

neben einer einheitlichen Geldpolitik bedarf es einer stärkeren europaweiten Koordinierung der Fiskalpolitik. Eine Fiskalunion ist die notwendige institutionelle Weiterentwicklung zu einer nachhaltig stabilen Währungsunion, damit sie zukünftig auf externe Schocks, wie die Finanz- oder Corona-Krise, hinreichend flexibel reagieren und langfristig zu mehr struktureller Konvergenz beitragen kann. Dazu müssten die Mitgliedstaaten der Eurozone Teile ihrer fiskalischen Kompetenzen von der nationalen auf die supranationale Ebene verlagern. Und genau hier liegt das Problem: Denn viele europäische Staaten wollen wesentliche wirtschaftspolitische Instrumente, wie beispielsweise das Steuerrecht oder die sozialen Sicherungssysteme, nicht aus der Hand geben.

Die EU ist also nicht am Ende des Integrationsprozesses, sondern ganz im Gegenteil wird es weiterhin darum gehen, ob die einzelnen Mitgliedstaaten weiter zusammenwachsen wollen und damit nationale Zuständigkeiten auf EU-Ebene übertragen oder ob nationale Interessen schwerer wiegen.

Literaturhinweise:

- Brunn, G. (2017). Die Europäische Einigung von 1945 bis heute. Reclam.
- Schmuck, O. & Unser, G. (2016). Die Europäische Union – Aufgaben, Strukturen und Chancen. Bundeszentrale für politische Bildung.

Zeit	Phase	Inhalte	Materialien	Tipps/Hinweise
1. Unterrichtsstunde				
5'	Einstieg	Die SuS äußern erste Assoziationen, die sie mit dem Euro und dem EU-Binnenmarkt verbinden.	M1 Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion in Bildern	Vorwissen aktivieren Unterrichtsgespräch
30'	Erarbeitung I	Die SuS informieren sich über die Entwicklungsschritte hin zu mehr wirtschaftlicher Integration in der EU und bekommen einen Einblick in den heutigen Entwicklungsstand der EWWU.	Interaktiver Zeitstrahl: Die Geschichte der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion	Arbeitsteilige Gruppenarbeit Methode: Lernplakat
10'	Sicherung I	Die SuS präsentieren ihre Plakate und vergleichen ihre Ergebnisse.		Unterrichtsgespräch
2. Unterrichtsstunde				
20'	Erarbeitung II	Die SuS setzen sich mit den Vorteilen und Herausforderungen eines gemeinsamen Währungsraums auseinander.	M2 Warum Deutschland der Verlierer des Euro ist M3 20 Jahre Euro: Eine empirische Studie M4 20 Jahre Euro: Eine erfolgreiche Währung	Arbeitsteilige Gruppenarbeit Methode: Placemat
10'	Sicherung II	Die SuS präsentieren ihre gemeinsame Position.		Unterrichtsgespräch
15'	Vertiefung I	Die SuS diskutieren, ob Corona-Bonds der richtige Weg sind, um der Krise zu begegnen.	M5 Steht Europa in der Corona-Krise zusammen? M6 Warum Corona-Bonds Europa schaden	Partnerarbeit Verfassen eines Kommentars, um die eigene Position begründet zu verschriftlichen.
3. Unterrichtsstunde				
30'	Vertiefung II	Die SuS entwickeln ein positives oder ein negatives Zukunftsszenario für die Weiterentwicklung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.	M7 Ein Blick in die Zukunft: Die Szenario-Methode M8 Warum wir einen EU-Finanzminister brauchen	Gruppenarbeit Methode: Szenario-Methode
15'	Sicherung	Die SuS präsentieren ihre Szenarien.		Methode: Elevator-Pitch

Hinweis: Die Entwicklung eines Zukunftsszenarios kann als Hausaufgabe aufgegeben oder ausführlicher in einer 3. Unterrichtsstunde durchgeführt werden.

M1 Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion in Bildern



© v.poth / stock.adobe.com



© JeanLuc / stock.adobe.com



© Thorben Wengert / stock.adobe.com



© Tobias Arhelger / stock.adobe.com

AUFGABE

1. a) Betrachten Sie die Bilder und nennen Sie erste Assoziationen, die Ihnen dazu einfallen.
b) Beschreiben Sie jeweils einen Vor- und Nachteil, den ein gemeinsamer EU-Wirtschaftsraum für Sie als Verbraucher/in und für die Unternehmen haben kann.



Interaktiver Zeitstrahl: Die Geschichte der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Heute ist der Euro für Millionen von EU-Bürgerinnen und Bürgern die gemeinsame Währung und aus ihrem Alltag nicht mehr wegzudenken. Ebenso ist das Reisen in der EU ohne Grenzkontrollen und der freie Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Doch der Weg zu mehr wirtschaftlicher Integration in der EU war lang und die Verwirklichung dieser Errungenschaften ein langwieriger Prozess. Erfahren Sie in diesem interaktiven Zeitstrahl mehr über den Weg bis zur Realisierung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und verschaffen Sie sich einen Eindruck, wo die EU heute steht.

DEFINITION

Wirtschafts- und Währungsunion

Auch wenn es gängig ist, von einer Wirtschafts- und Währungsunion zu sprechen, handelt es sich dabei um zwei verschiedene Zielsetzungen: Der gemeinsame Binnenmarkt und die Zollunion sowie die enge Koordination der Wirtschaftspolitiken verschiedener Länder sind Elemente der **Wirtschaftsunion**. Eine gemeinsame Währung (Euro) und eine zentrale Steuerung der Geldpolitik durch die Europäische Zentralbank sind Bestandteile der **Währungsunion**. Die Währungsunion greift tiefer in die nationale Politikgestaltung ein und führt zu einer noch weitreichenderen Integration der EU.

DEFINITION

Wechselkursmechanismus II (WKM II)

Der WKM II wurde am 1. Januar 1999 zusammen mit der Einführung der einheitlichen Währung, des Euro, eingerichtet. Er dient als Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen den Ländern des Euroraums und den Mitgliedstaaten der EU, die den Euro (noch) nicht als Währung eingeführt haben. Die Länder, die am WKM II teilnehmen, richten ihre Währungen am Euro als Leitkurs aus. Dabei sind die zulässigen Schwankungsbreiten mit ± 15 Prozent definiert. Zudem ist die Teilnahme am WKM II die Bedingung für Länder, die den Euro einführen wollen. Sie müssen zuvor zwei Jahre ohne Leitkursabwertung am WKM II teilgenommen haben.

AUFGABE

2. a) Informieren Sie sich mithilfe des interaktiven Zeitstrahls über die Meilensteine auf dem Weg zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.
- b) Erläutern Sie, unter welchen Bedingungen ein Land dem Euro-Raum beitreten kann.
- c) Entwerfen Sie in Ihrer Gruppe ein Plakat, auf dem Sie die zentralen Meilensteine auf dem Weg zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion grafisch anschaulich darstellen. Finden Sie dabei für jeden Ihrer Meilensteine eine passende Überschrift.

Was bringt ein gemeinsamer Währungsraum? Erwartungen, Vorteile und Herausforderungen

M2 Warum Deutschland der Verlierer des Euro ist



Die Euro-Familie feiert am 3.12.2018 den 20. Geburtstag der Gemeinschaftswährung: Der ehemalige EZB-Präsident Mario Draghi (Mitte links) und Eurogruppe-Chef Mário Centeno halten die übergroßen Euro-Münzen. © picture alliance / REUTERS | YVES HERMAN

Wann immer die Eurokrise neu entflammt, über-
treffen sich die Kommentatoren im In- und Aus-
land mit dem mahnenden Hinweis, dass wir Deut-
schen die eigentlichen Profiteure des Euro seien.

5 Die Einführung der Einheitswährung hätte erst die
Grundlage für Export- und Beschäftigungsboom ge-
legt. Nur so konnten die deutschen Unternehmen
Marktanteile gewinnen und der Produktionssektor
in den anderen Euroländern derart schrumpfen.

10 Wirklich? Man kann das auch ganz anders sehen:
der sprichwörtliche Mann auf der Straße dürf-
te nämlich nicht zu den Gewinnern der Gemein-
schaftswährung gehören. Wo immer man genauer
hinblickt muss man erkennen, dass der Euro zu ei-
15 ner Verringerung des deutschen Wohlstandes und
der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit geführt hat,
nicht zu einer Verbesserung.

[...] So wuchs die Produktivität in den Jahren vor der
Euroeinführung deutlich schneller als in der Zeit
20 danach. Seit dem Jahr 2000 liegt die Entwicklung

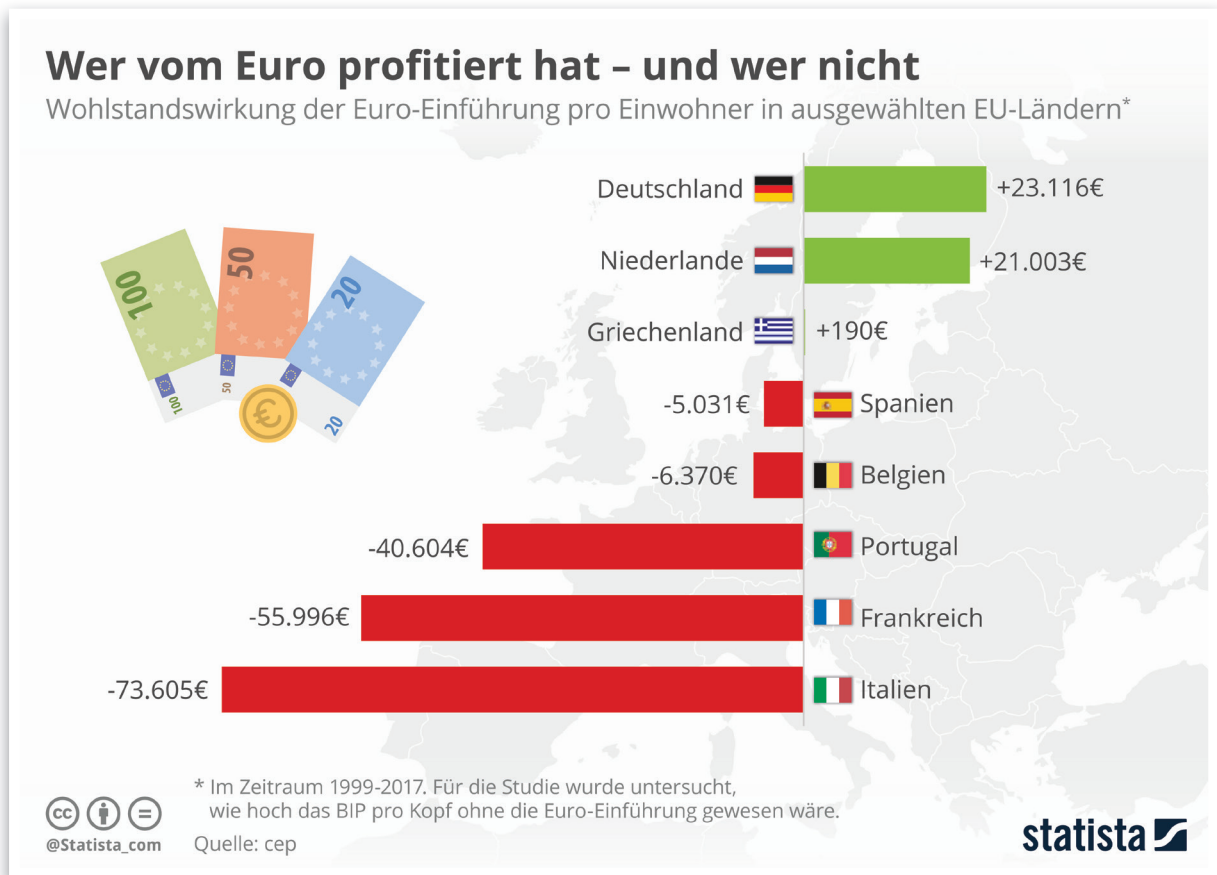
der Produktivität hinter den Fortschritten in den
meisten Industrieländern inklusive der heutigen
europäischen Krisenländer wie Spanien. In der Fol-
ge wuchs das BIP pro Kopf – der entscheidende In-
dikator für die Entwicklung des Wohlstands – eben-
falls langsamer als vor der Einführung des Euro. Lief
die Entwicklung bis 2000 noch halbwegs parallel
zur Schweiz – wenn auch auf tieferem Niveau – so
ist Deutschland in den vergangenen Jahren deut-
lich zurückgefallen. Wir haben uns darauf konzentriert
billiger zu produzieren – statt besser. Dies wird
nachhaltig die Entwicklung der deutschen Wirt-
schaft belasten.

[...] Für den Durchschnittsdeutschen stellt sich die
Situation so dar: Die Einführung des Euro führte
zu einer langen Phase geringen Wachstums, hoher
Arbeitslosigkeit und Lohnstagnation. Die Tage der
billigen Urlaube in Italien und Griechenland wa-
ren vorbei. Der Staat hat Ausgaben für Sozialleistun-
gen und Infrastruktur und Investitionen gekürzt.
Die Wirtschaft musste sich ihrerseits auf den Ex-
port konzentrieren, weil die Binnennachfrage ge-
drückt war und die Ersparnisse dazu genutzt wur-
den, Lieferantenkredite zu gewähren. Jetzt, wo diese
Kredite nicht bezahlt werden können, müssen wie-
derum die deutschen Sparer und Steuerzahler für
den Schaden aufkommen. Zu allem Überfluss wird
Deutschland auch noch von den anderen Ländern
kritisiert. Vor diesem Hintergrund ist die Aussage,
dass wir Deutschen die Hauptnutznießer des Euro
wären, schwer haltbar. Ohne den Euro hätte es die
Schuldenparty im Süden nicht gegeben, aber auch
nicht die großen Exportüberschüsse. Dafür einen
höheren Lebensstandard und bessere Infrastruktur
in Deutschland.

Daniel Stelter, Zehn Gründe, warum wir die Verlierer des Euro sind, Manager Magazin, 4.3.2015
<https://think-beyondtheobvious.com/stelter-in-den-medien/zehn-gruende-warum-wir-die-verlierer-des-euro-sind/>

M3 20 Jahre Euro: Eine empirische Studie

Das Freiburger Centrum für Europäische Politik (CEP) wurde 2006 unter dem Dach der Stiftung Ordnungspolitik gegründet und wird geleitet von Lüder Gerken, dem Vorstandsvorsitzenden der Stiftung Ordnungspolitik und der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung. 20 Jahre nach Einführung des Euro hat das CEP in einer Studie analysiert, welche Staaten vom Euro profitiert und welche Euro-Länder Einbußen erlitten haben.



M4 20 Jahre Euro: Eine erfolgreiche Währung

Deutsche Wirtschaft profitiert von der Gemeinschaftswährung

Seit seiner Schaffung erwies sich der Euro als robuste Währung. Die Einführung wurde anfangs mit großer Skepsis begleitet, viele Bürgerinnen und Bürger wollten an der D-Mark festhalten. Sie bezeichneten den Euro als sogenannten „Teuro“, Konsumenten glaubten, die Preise hätten sich durch die Umstellung verteuert. Aber trotz aller Zweifel bewährte sich der Euro durch große Beständigkeit. Nach 20 Jahren lässt sich resümieren, dass der Euro in Wahrheit stabiler ist als die D-Mark. Die durchschnittliche jährliche Inflationsrate betrug im Währungsraum 1,7 Prozent, zu Zeiten der D-Mark lag sie in Deutschland bei 2,8 Prozent.

Gerade Deutschland hat ein besonders großes Interesse an einem starken Euro. Deutschland als Exportnation profitiert vom erweiterten Binnenmarkt mit seiner Gemeinschaftswährung. Denn: Rund 40 Prozent der deutschen Exporte gehen in EU-Länder. Die gemeinsame Währung erleichtert den Warenaustausch für Unternehmen. Der Euro begünstigt den Handel und sichert damit Arbeitsplätze. Schwankungsrisiken, Überweisungsgebühren und Kosten durch Wechselkurse konnten beseitigt und

der Binnenmarkt gestärkt werden. Unter den Mitgliedstaaten ist eine engere Zusammenarbeit entstanden. In Bezug auf Ein- und Ausfuhren ist die Europäische Union heute der international am stärksten vernetzte Handelsraum – noch vor den USA und China.

Praktische Vorteile für Bürgerinnen und Bürger

Die gemeinsame Währung zahlt sich nicht nur für deutsche Unternehmen und die deutsche Wirtschaft aus, sondern auch für jeden Einzelnen. Der Verbraucher profitiert durch die erhöhte Preistransparenz. Preise innerhalb der Europäischen Währungsunion wurden vergleichbarer, die Möglichkeit des direkten Preisvergleichs innerhalb des Euro-raums führt zu mehr Wettbewerb auf dem europäischen Markt und damit auch zu einer größeren Produktvielfalt und zu günstigeren Preisen. Auch Urlauber, Studenten im Auslandssemester und geschäftlich Reisende profitieren von der gemeinsamen Währung. Durch den Wegfall der Wechselgebühren werden Auslandsreisen unkomplizierter und günstiger. Außerhalb des Euroraums sind Euro-Banknoten gern gesehen, der Wechsel erfolgt in der Regel problemlos.

Europa, 20 Jahre Euro: Eine erfolgreiche Währung, Bundesministerium der Finanzen, 11.1.2019

AUFGABE

3. Ist der Euro ein Erfolgsprojekt? Welche Vorteile bringt der Euro den EU-Mitgliedsländern und welche Herausforderungen sind mit einer gemeinsamen Währung verbunden?
 - a) Arbeiten Sie die Kernaussagen arbeitsteilig aus den Materialien M2–M4 heraus.
 - b) Diskutieren Sie anschließend in einer Placemat die Vorteile und Herausforderungen einer gemeinsamen Währung wie dem Euro.

M5 Steht Europa in der Corona-Krise zusammen?



Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel mit den EU-Staats- und Regierungschefs in einer Videokonferenz zur Corona-Krise (19.6.2020).
© picture alliance / dpa / Bundespresseamt | Sandra Steins

Schon die erste Eurokrise, die vor zehn Jahren begann, war ganz wesentlich eine Folge politischen Scheiterns: Das Fehlen einer schnellen, solidarischen Antwort auf die finanziellen Probleme Griechenlands führte 2010 zu Unruhe auf den Finanzmärkten, die auch andere südeuropäische Staaten mit sich riss und schließlich die Eurozone als ganze bedrohte – und mit ihr die EU. Im Fokus standen schon damals die rezessionsgeplagten Mitglieder Italien und Spanien, die als dritt- und viertgrößte Volkswirtschaft des Euroraums zu groß waren, um notfalls mit europäischen Krediten vor einem Staatsbankrott geschützt zu werden. Erst als Mario Draghi, seinerzeit Chef der Europäischen Zentralbank, im Herbst 2012 ankündigte, zur Not unbegrenzt Staatsanleihen kriselnder Eurostaaten anzukaufen, beruhigte sich die Lage – zumindest ökonomisch, nicht aber politisch. Denn die maßgeblich von Deutschland forcierten Kreditaufgaben – radikale Austeritätspolitik mit ihren dramatischen gesellschaftlichen Folgen – hatten einen Keil zwischen die Euroländer getrieben, was 2015 zum letztlich vergeblichen Aufbegehren Griechenlands führte. Die fatale politische Spaltung jener Jahre wirkt bis heute nach und prägt ganz entscheidend die unterschiedlichen Reaktionen auf die Coronakrise. Dabei rächt sich, dass die Eurozone in den Jahren seit 2015 keine Institutionen geschaffen hat, um eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik zu betreiben. Ein europäischer Finanzminister etwa – von Frankreich gefordert, von Deutschland blockiert – hätte eine gesamteuropäische Lösung präsentieren kön-

nen und damit eine wirtschaftspolitische Debatte angestoßen, statt wie jetzt einen Streit zwischen Nationen. Dabei tritt mit aller Heftigkeit ein ungelöster Grundsatzkonflikt zu Tage: Nach wie vor be- greifen etwa die Regierungen Deutschlands und der Niederlande ökonomische Krisen nicht primär als Ausdruck struktureller Defizite in Europa, sondern als Ergebnis eines politisch-moralischen Versagens der betroffenen Länder. Südlicher Schlendrian habe demnach zur Überschuldung Griechenlands oder Italiens geführt. Daher wollen sie selbst jetzt in einer akuten Notlage nicht für ihre Nachbarn haften. Wen wundert es da, dass viele Südeuropäer die derzeitige Debatte um die Grenzen der europäischen Solidarität angesichts des massenhaften Sterbens in ihren Ländern schlicht als hartherzig und kleinlich empfinden. [...] Sánchez und andere verlangen ein starkes Zeichen, dass die Staaten der Eurozone nicht nur in einem Boot sitzen, sondern sich ihren Sitznachbarn auch verpflichtet fühlen. [...] Ein solches Signal wären – neben den schon vereinbarten europäischen Kreditlinien für Unternehmen und dem Kurzarbeitergeld – vor allem jene Coronabonds, gegen die sich Berlin und Den Haag sperren. Von neun Eurostaaten werden sie mit enormer Vehemenz gefordert – darunter neben den Südeuropäern auch westeuropäische Länder wie Belgien, Luxemburg und vor allem Frankreich. Die Eurostaaten würden mit diesen Bonds gemeinsame Anleihen auflegen und dafür dank der deutschen Kreditwürdigkeit nur niedrige Zinsen zahlen. [...] Die Eurostaaten nähmen dann gemeinsam zu niedrigen Kosten Kredite auf und würden sie auf eine Weise untereinander verteilen, die dem erhöhten Bedarf von Ländern wie Italien und Spanien entspricht. Diese Lastenteilung käme letztlich allen zugute, weil sie die Eurozone stabilisieren würde. Das gilt nicht nur in ökonomischer, sondern auch in politischer Hinsicht. [...] Die EU ist längst nicht mehr nur ein Bündnis einzelner Staaten, die allein für ihre wirtschaftliche Lage verantwortlich sind. Vielmehr hat sie gemeinsame Institutionen ausgeprägt, von denen insbesondere die gemeinsame Währung auch eine gemeinsame Politik erfordert, inklusive gemeinsamer Haftung. In diesem Sinne betrachtet etwa der OECD-Generalsekretär Coronabonds als nötigen weiteren Schritt der europäischen Integration. Doch

80 selbst wenn europäische Bonds – wie derzeit gefordert – nur zeitlich befristet aufgelegt werden, könnte dies für Deutschland mit Kosten verbunden sein. Diese verblassen jedoch vor den ungleich höheren Kosten einer zweiten Eurokrise [...]. Eine gemein-

85 same Haftung ist daher das Gebot der Stunde. Denn eines steht fest: In diesen harten Zeiten helfen Europa keine technokratischen Kompromisse und keine blumigen Appelle – sondern nur spürbare Solidarität.

Steffen Vogel, Der Corona-Crash: Die zweite Eurokrise? In: Blätter für deutsche und internationale Politik 05/20 S. 5–8.

M6 Warum Corona-Bonds Europa schaden

[...] Die südlichen Länder und Frankreich wollen, dass einzelne Mitgliedsländer nicht mehr nur für ihre eigenen Schulden haften, sondern für die gesamten gemeinsam aufgenommenen Schulden. Es geht um gesamtschuldnerische Haftung, eine Ver-

5 gemeinschaftung der Staatsschulden. [...] Mit Corona-Bonds sollen zwar nur ausnahmsweise gemeinsam Mittel aufgenommen werden, um den Mitgliedsländern der Währungsunion im Kampf gegen das schreckliche Virus zu helfen. Aber einmal eingeführt, drohen diese Anleihen zur Dauereinrichtung zu werden. Es wird in der Währungsunion immer Probleme geben, die sich angeblich nur mit gemeinsamen Schulden lösen lassen. Man denke an die in vielen Ländern hohe Arbeitslosigkeit, an den Klimawandel und so fort. Letztlich sind die nun geforderten Corona-Bonds eine Neuauflage von Euro-

10 Bonds, die im Zusammenhang mit diesen Problemen immer wieder gefordert worden sind. [...] 20 Aber die Pandemie sollte nicht als Vehikel genutzt werden, um die explizite Vergemeinschaftung der Schulden zu forcieren. Gemeinsame Anleihen schaffen nämlich jenseits der Corona-Epidemie Anreize zu unsolidem Wirtschaften. Sie verführen 25 Länder zu kostspieligen finanziellen Entscheidungen, weil sie die Konsequenzen in Form einer

schlechteren Bonität nicht mehr alleine tragen müssen. Umgekehrt kommen sie nicht mehr alleine in den Genuss einer häufig zunächst schmerzvollen Reformpolitik. Dieses Anreizproblem gibt es zwar 30 grundsätzlich auch in Deutschland, wenn man an die faktische Garantie des Bundes für die Bundesländer denkt. Aber der Bund regelt wichtige Bereiche wie die Arbeitsmarkt-, Sozial- und Steuerpolitik größtenteils selbst und kann damit verhindern, 35 dass die Länder auf Kosten des Bundes über die Stränge schlagen. Das gilt leider nicht für die Währungsunion; Brüssel kann die nationale Wirtschafts- und Haushaltspolitik kaum beeinflussen – zumal dem Stabilitätspakt die letzten verbliebenen 40 Zähne gezogen wurden. [...]

Letztlich funktionieren gemeinsame Anleihen nicht, weil die Europäische Währungsunion kein Staat ist, der das Finanzgebaren seiner Gebietskörperschaften hinreichend kontrollieren kann und 45 ein eigenes Staatsvolk besitzt. Das kann man bedauern, aber nicht auf die Schnelle ändern. Versucht man es durch Corona-Bonds zu erzwingen, steigen nur die Staatsschulden und die Ressentiments gegen die Währungsunion. Gemeinsame Anleihen 50 schaden der europäischen Idee und destabilisieren auf Dauer die Währungsunion.

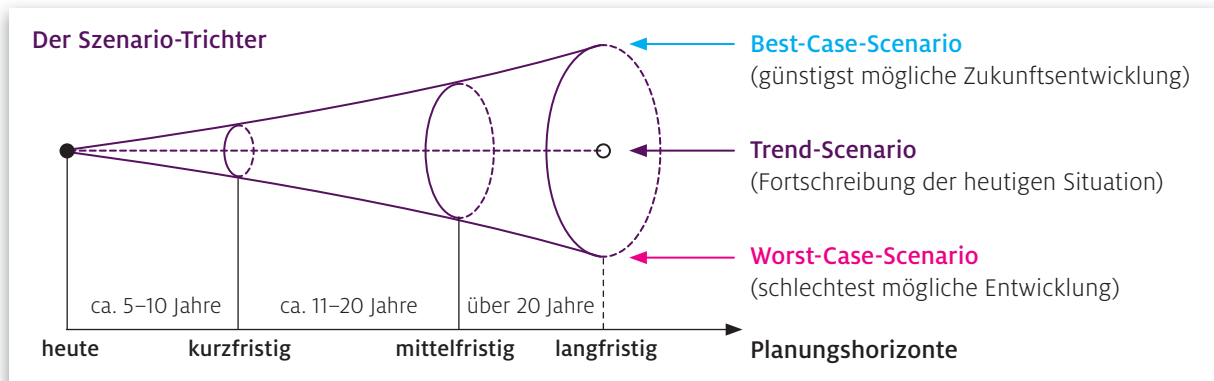
Jörg Krämer, Warum Corona-Bonds Europa schaden, Wirtschaftliche Freiheit, 7.4.2020

AUFGABE

4. a) Die Corona-Krise stellt die EU vor ihre größte wirtschaftliche, aber auch politische Herausforderung. Arbeiten Sie arbeitsteilig aus den Texten M5 und M6 die Argumente für und gegen Corona-Bonds als Weg aus der Krise heraus. Notieren Sie diese stichpunktartig in einer Pro-/Contra-Tabelle.
- b) Verfassen Sie einen Kommentar und positionieren Sie sich zu der Frage nach der Einführung von Corona-Bonds, um der wirtschaftlichen Krise zu begegnen.

M7 Ein Blick in die Zukunft: Die Szenario-Methode

Die Zukunft lässt sich natürlich nicht vorhersagen, aber eine Einschätzung lässt sich sicher treffen. Hilfreich dabei ist der Einsatz eines so genannten Szenario-Trichters, der die Vielfalt der möglichen Entwicklungen anschaulich macht. Ausgangspunkt ist eine gründliche Analyse der gegenwärtigen Situation, die zu einem Verständnis der Wirkungszusammenhänge führt. Im Anschluss daran werden Einflussfaktoren bestimmt und Annahmen zu der Zukunftsentwicklung getroffen. Die Randpunkte des Trichters zeigen ein positives oder negatives Extremszenario. Diese treten auf, wenn sich Einflussfaktoren einseitig entwickeln. Je weiter die zeitliche Perspektive reicht, desto mehr Unsicherheit steckt in den einzelnen Szenarien. Deren Beschreibung wird deshalb im Allgemeinen „unschärfer“, der Szenario-Trichter öffnet sich.



M8 Warum wir einen EU-Finanzminister brauchen

Wenn sich die Staats- und Regierungschefs nun beim letzten EU-Gipfel des Jahres in Brüssel zusammensetzen, soll es auch ums Geld gehen. Sie wollen die nötigen Entscheidungen zur Vollendung der Währungsunion planen. [...] [D]a die EU seit längerem einen Haushalt hat, benötigt auch sie einen eigenständigen und unabhängigen Finanzminister. [...] Aber warum ist ein eigener EU-Finanzminister eigentlich eine gute Idee? Und weshalb gibt es ihn noch nicht?

Die zweite Frage hat viel mit dem Beharren auf staatlicher Souveränität, der Angst vor Kompetenzübertragung und wenig mit der eigentlichen finanzpolitischen Idee der Europäischen Union zu tun. Seit Beginn des Jahrtausends existiert der Euro, eine der erfolgreichsten Währungen der Welt. [...] Aber ausgerechnet sein Erfolg lässt sein größtes Problem leicht

vergessen: Der Euro ist ein Zahlungsmittel, das gar keinen Zahlmeister hat. So wie ein Telefon alleine nicht sprechen kann, braucht eine eigene Währung zwingend eine eigene Geld- und Finanzpolitik. Beides klingt ähnlich, unterscheidet sich aber erheblich. Geldpolitik erledigen Zentralbanken, Finanzpolitik ist der Job von Finanzministern. [...] In den 19 Eurostaaten gibt es 19 nationale Finanzminister und noch zahlreiche weitere auf regionaler Ebene, aber nur eine Währung. [...] Seit Einführung des Euro fehlt neben der EZB eine unabhängige europäische Finanzpolitik, die vom Europäischen Parlament kontrolliert wird. Der Zustand der Eurogruppe ist ein Paradebeispiel für die Janusköpfigkeit der EU: Einerseits hat sie einen einzigen Währungsraum, andererseits einzelstaatliche Souveränität.

Steffen Dobbert und Stefan Lorenzmeier, Warum wir einen EU-Finanzminister brauchen, Zeit Online, 14.12.2017

AUFGABE

5. a) Werfen Sie einen Blick in die Zukunft. Entwickeln Sie auf Grundlage des in der Unterrichtsstunde Gelernten abschließend in Kleingruppen entweder ein positives oder ein negatives Zukunftsszenario (M7) für die Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion. Nutzen Sie M8 als Anregung.
- b) Bereiten Sie gemeinsam einen Elevator-Pitch vor, um Ihre Ergebnisse zu präsentieren.